

Datum: 08.09.17
Telefon: 0 233-30788
Telefax: 0 233-67968

S-R	S-I	S-II	S-III	S-IV	S-GL-B
S-7/D	Sozialreferat				EAS-R
S-BdR					EAS-SiD
S-Recht	12. Sep. 2017				Rsp.
S-OE					z.K.
	Referatsleitung				z.w.V.
					VvA
					VnA
S-K	S-GL	S-GE			Termin:

Anlage
Personal- und Organisationsreferat
Organisation
POR-P3.23

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Personalzuschaltung bei der Stabsstelle Recht des Stadtjugendamtes“
(Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 09814)

Kinder- und Jugendhilfeausschuss am 24.10.2017
Vollversammlung am 23.11.2017

An das Sozialreferat

Die im Betreff genannte Sitzungsvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit E-Mail vom 05.09.2017 zur Stellungnahme bis 19.09.2017 zugeleitet.

Es handelt sich um einen Empfehlungsbeschluss, in dem Kapazitätsmehrbedarfe geltend gemacht werden.

1. Aufgabe

Erliegen von Teamassistententätigkeiten in der Stabsstelle Rechtsangelegenheiten

2. Geltend gemachter Kapazitätsmehrbedarf

Stellenschaffungen

1 VZÄ für eine Teamassistenten der Fachrichtung Verwaltungsdienst (2. QE).

3. Beurteilung des Kapazitätsmehrbedarfs

Ergebnis

Zu dem in der Sitzungsvorlage dargestellten Kapazitätsmehrbedarf wird wie folgt Stellung genommen:

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt **vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung** der künftig geltend gemachten Stellenkapazitäten der Beschlussvorlage zu.

Der zusätzliche Stellenbedarf erscheint zwar dem Grunde nach nachvollziehbar, ist aber noch exakt zu bemessen. Die zusätzliche Stellenkapazität ist deshalb zunächst **auf drei Jahre ab Stellenbesetzung zu befristen** und der tatsächliche Bedarf ist in diesem Zeitraum zu evaluieren.

Begründung

Mit Blick auf die Ausführungen im Beschlussvortrag (Seite 4 f.) ist der Bedarf an einer Verwaltungsunterstützung im Bereich der Stabsstelle Rechtsangelegenheiten des Stadtjugendamtes dem Grunde nach nachvollziehbar. Eine Plausibilisierung des Bedarfs der Höhe nach ist aber anhand der vorliegenden Unterlagen nicht möglich. Deshalb ist die zusätzliche

Stellenkapazität zunächst zu befristen und der Bedarf zu evaluieren.

Bzgl. der Ausführungen im Beschlussvortrag auf Seite 4 zur personellen Ausstattung der Stabsstelle Rechtsangelegenheiten wird angemerkt, dass es sich nicht um ca. 6, sondern ca. 7 VZÄ handelt.

Die Ausführungen zur Bewertung der neu einzurichtenden Stelle stehen unter dem Vorbehalt der abschließenden Prüfung durch das Personal- und Organisationsreferat.

Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilung 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung. Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei, das Direktorium und das Stadtjugendamt erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.

Dr. Dietrich